

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Druckpreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 2.40 Mk.; durch unsere Auswärtigen bezogen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2.40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2.40 Mk., ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postämter sowie unsere Auswärtigen und Geschäftsstellen nehmen lehrsam Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse der Zeitungen, der Lieferanten, der Lieferanten oder der Druckereibesitzerungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abschaltung des Druckpreises. Ferner hat der Abonnent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in bestimmter Anzahl oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verleger, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin O.W. 46.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die königliche Amtshauptmannschaft Meissen, für das

königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Nr. 28614. Leipzig Nr. 28614.

Nr. 260.

Donnerstag den 7. November 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Bevorstehender Abschluß des Waffenstillstandes u. etwaiger Friedensverhandlungen

Nach einem Monat.

Die erste Tat der neuen Regierung in Deutschland war das Friedens- und Waffenstillstandsangebot, das Brins War von Baden, kaum daß er den Grafen Hertling auf dem Kaiserstuhl abgelöst hatte, nach Washington abschickte. Ein voller Monat ist seitdem verstrichen. Damals glaubten die Massen, der Krieg werde nur noch nach Tagen, höchstens nach Wochen zu zählen sein, und bald werde die vieljährige Qual ein Ende haben. Die Hoffnungen stiegen, als Präsident Wilson sich mit seiner Antwort unverfälscht beizog und dabei eine verhandlungsbereite Haltung einnahm, allerdings sofort auch deutlich hervortrat, daß er uns nicht etwa leichten Kaufes zu seinem berühmten Frieden der Verständigung und der Menschlichkeit kommen lassen wollte. In Eile bauten wir unsere Verfassung um und taun auch sonst alles erdenkliche, um den Weg zum Frieden völlig frei zu machen — das Ergebnis aber ist, daß wir trotz alledem noch nicht einmal im Besitz der Waffenstillstandsbedingungen sind, die man auf der Gegenseite für uns bereit hält. Die Optimisten unter uns fingen wieder schwärmend an zu werden, und wer den früheren Regierungen den Vorwurf nicht ersparen möchte, daß sie manches unterlassen, manche Gelegenheiten verkannt hätten, um den Frieden herbeizuführen, der ist heute wohl doch endlich eines besseren belehrt. Wo die wahren Kriegsverlängerer sitzen, das steht nachgerade ganz außer Frage, und auch der einfältigste Mitteleuropäer wird sich durch die salbungsvollen Redensarten unserer Feinde, ihrer Staatsmänner und Menschheitsapostel nicht mehr einlassen lassen. Was sie uns im Westen in diesem Monat an Land und Leuten abgenommen haben, das hat sie abermals Ströme von Blut gekostet — und sie hätten es doch, ohne einen Schuß abzugeben, zurückgeben können, wenn sie sich zu einem vorläufigen Waffenstillstand bereit erklärt hätten. Nun, sie wollen ihn in Frieden, den sie uns nicht diktieren können, und deshalb muß das Wort fortgesetzt werden, bis wir uns gar nicht mehr wehren können. Das ist wenigstens die Absicht der feindlichen Heerführer, und Herr Wilson hat, bis jetzt wenigstens, nichts getan, um ihr entgegenzutreten.

Dabei darf die Tatsache nicht in Vernachlässigung geraten, daß wir unseren U-Boot-Krieg bereits seit Anfang Oktober so gut wie völlig eingestellt haben. Und nicht nur das: mittlerweile ist noch bekanntgeworden, daß wir ebenso auf Luftangriffe hinter der feindlichen Front verzichtet haben, während die Entente unseren Beschlag in gleicher Weise uns gegenüber zu verfahren, nicht nur unverändert gelassen, sondern mit tod- und verderbensbringenden Fliegerbesuchen in Bonn, Wiesbaden, Wiesbaden und zahlreichen anderen friedlichen Ortschaften unserer Westküste beunruhigt hat. Auf unserer Seite also Vorwürfeleistungen auf den kommenden Frieden, auf der Gegenseite unerbittliches Beharren auf Raum und Vernichtung. Aber auch auf den anderen Kriegsschauplätzen hat sich mittlerweile die militärische Lage außerordentlich zu unseren Ungunsten verschoben. Österreich-Ungarn und die Türkei haben bedingungslos kapituliert und sind zu Aufmarschgebieten für die Weltmächte herabgesunken. Unsere ganzen Verbindungen nach dem Osten sind bedroht, auch die wirtschaftlichen, und wenn unserer Welt müssen wir nun auch die Süd- und Südostgrenze des Reiches gegen Einbrüchegefahr zu schützen suchen. Wer hätte vor einem Monat daran gedacht, daß sich unsere Lage in wenigen Wochen so gründlich verschoben könnte! Bei uns wenigstens glaubte man damals noch an die Dauerhaftigkeit gegenseitiger Verbindungen; im Lager unserer Feinde scheint man allerdings auch in diesem Falle die bessere Rechenart geübt zu haben. Jedenfalls kann man nicht sagen, daß wir bisher erlebt haben, darüber kein Zweifel mehr besteht, daß Herr Wilson kalten Herzens den Krieg weitergeben läßt, weil unser Friedensantrag ihm offenbar zu früh gekommen ist. Von Lord George gar nicht zu reden, der seine Arbeiter einmal in den Worten zu beschwichtigen suchte, daß als der große Verbrecher der Weltgeschichte zu brandmarken wäre, wer diesen entsetzlichen Krieg auch nur eine Stunde länger als unbedingt notwendig fortsetzen wollte. Damit vergleiche man die nackten Tatsachen — der Rest ist Schweigen!

Wenn aber endlich die Mitteilung der Waffenstillstandsbedingungen an uns erfolgen wird, dann wird das deutsche Volk wenigstens einigermaßen vorbereitet sein auf das, was kommen soll. Auch uns wird bedingungslose Kapitulation augenwecken werden, und auch wir sollen dann einen Frieden auf uns nehmen, bei dem wir nichts zu sagen, sondern nur zu leiden haben. Wenn wir in stummer Ergebung warten, bis es

Herrn Wilson endlich gefällt, dieses Dornenkranz auf unsere Schultern zu legen, dann werden wir schließlich zu allem nur Ja sagen können, was er über Gegenwart und Zukunft für uns bestimmt. Ob dieses Unheil noch von uns abgewendet werden kann? Darüber gibt es nur eine Instanz: die Volksregierung. Sie muß entscheiden, da sie die volle Staatsgewalt in die Hand genommen hat. Möge sie wissen, daß das Volk bereit ist, von ihm Redenschaff verlangen wird, nicht nur für ihre Taten, sondern auch für ihre Unterlassungen.

Russische Umtriebe in Berlin.

Revolutionäre Flugblätter des Volksbühnenamtes. Berlin, 5. November.

Amlich wird gemeldet: Am 4. November, abends, traf von Moskau kommend der Kurier der hiesigen diplomatischen Vertretung der Sowjet-Regierung auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein. Bei dem Geleittraktat des Gewächts vom Bahnhofe wurde eine der Rufen durch Anstehen beschützt, so daß darin befindliche Papiere auf den Boden fielen. Diese Papiere waren, wie sich herausstellte, in deutscher Sprache gedruckte Flugblätter, die die deutschen Arbeiter und Soldaten zu blutigem Kampfe auffordern. Eins der Flugblätter, das von der Gruppe „Internationale“ (der Spartakusgruppe) unterzeichnet war, enthält einen Aufruf zum Revolutionskampf, während ein anderes Flugblatt die näheren Anweisungen für diesen Kampf gibt, zum Meutereiwort und Terror auffordert.

Auf Ansuchen der Bahnbehörde wurde das gesamte Kuriergepäck in einem geschlossenen und bewachten Raum festgehalten und das Anwesende Amt benachrichtigt, um diesem die Untersuchung und weitere Behandlung der Angelegenheit zu ermöglichen.

Schon seit längerer Zeit wird in der deutschen Presse darauf hingewiesen, daß die Berliner russische Propaganda der Mittelpunkt einer bolschewistischen Propaganda sei, die sich immer mehr vergrößert und über das ganze Reich ausbreitet. Es war nur schwer, für die an Gewißheit grenzende Wahrscheinlichkeit einen unumstößlichen Beweis zu erbringen. Das kam auch in einer halbamtlichen Mitteilung zum Ausdruck, die sich kürzlich mit dieser Angelegenheit beschäftigte. Jetzt ist der Beweis erbracht und man darf sicher sein, daß die Regierung die unbedingt notwendigen Maßnahmen ergreift, um diesem verbrecherischen Treiben auf deutschem Boden ein Ende zu machen.

An das Deutsche Volk!

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volke. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werk, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht.

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert. Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages gebildet. Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages und damit des Volkes. Grundlegende Rechte sind von der Beratung des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden. Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstages. Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt. Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen. Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit sind gewährleistet. Doch viel bleibt noch zu tun.

Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate der Welt zurückbleiben soll, wird entschlossen weitergeführt. Die Reorganisation kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltung- und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasien fesseln lassen und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Selbstsücht und Ordnung tun not. Jede Diskontinuität wird den Abschluß eines baldigen Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Meer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich, und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in hartem Kampf stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zwecke, aus keinem anderen Grunde, sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank; durch ihren Tapferkeit und ihre Manneskraft haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familien Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt. Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung wie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Frieden sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das uns unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Ziel.

Berlin, den 4. November 1918.

- Der Reichskanzler
Max Baumbach von Baden.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Pauer.
Der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums
Dr. Friedberg.
Die Staatssekretäre:
Dr. Goltz, Graf v. Noeudern, Dr. v. Krause, Rühlm.
v. Balhaus, Freiherr v. Stein, Scheidemann, Grober,
Ersberger, Hausmann, Bauer, Teimborn.
Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter v. Mann.
Der Kriegsminister Scheuch.

Waffenstillstandsfragen.

Ernennung der deutschen Unterhändler.

Frankfurt a. M., 5. November.

Wie die Hoff. Ztg. von unterrichteter Stelle erfährt, ist für die Abmachungen des Waffenstillstandes zwischen der Entente und Deutschland bereits die deutsche Kommission ernannt worden. Ihre Glieder sind: General v. Gündel, der militärische Delegierte auf der Haager Friedenskonferenz, General v. Winterfeldt, ferner Admiral v. Weiser und der frühere Staatssekretär des Kaiserlichen Admirals v. Dinn.

Von anderer Seite wird demgegenüber behauptet, daß die Kommission zu Unterhandlungen über den Waffenstillstand, bzw. seine Durchführung naturgemäß erst ernannt werden könne, wenn die Vorschläge des Verbandes bekannt seien.

Was die Feinde fordern wollen.

Genfer Blätter veröffentlichen folgende Waffenstillstandsbedingungen: 1. Räumung des linken Rheinufer, Elsaß-Lothringens und der Pfalz, 2. Besetzung der Rheinbrücken durch alliierte Truppen, 3. Übergabe eines großen Teiles des Kriegsmaterials, sämtlicher Unterseeboote und eines Teiles der Flotte, 4. Wiederherstellung der Industrie in Belgien und Nordfrankreich durch Deutschland und sofortige Lieferung der notwendigen Werkzeuge, 5. Lieferung der nötigen Kohle als Entschädigung für die Verdrängungen in Belgien und Nordfrankreich, 6. Entschädigung in Geld, 7. Kontrolle der deutschen Häfen bis zur vollständigen Ausführung der Friedensbedingungen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß New Yorker Blätter andeuten, daß die Vereinigten Staaten in den Waffenstillstandsbedingungen auf der Wiederherstellung von Frankreich und Belgien bestehen werden. Es werde zwei Jahre dauern, bevor die französischen Kohlenwerke in dem besetzten Gebiet wieder instand sein werden, Kohlen zu fördern, und zehn Jahre, bevor die Förderung wieder den Stand vor dem Kriege erreichen könne. Man nimmt jetzt an, daß Deutschland gezwungen werde, in dieser Zeit Frankreich mit Kohlen, mit Bergarbeitern und mit Geld zu versorgen als Erlös für den angerichteten